

An die Vorsitzende des Sozialausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages Frau Katja
Rathje-Hoffmann, MdL

**Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und
Wissenschaft**

**per E-Mail an die Geschäftsstelle des
Sozialausschusses**

christian.woelm@verdi.de
www.verdi.de

Zentrale: 0451-8100-0
Durchwahl: 716
Mobil: 0171-1809567

27. Juni 2025

Unsere Zeichen:
CW

**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Kindertagesförderungsgesetzes Drucksache 20/3295**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 11. Juni baten Sie uns zum oben genannten Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung zu nehmen. Dieser Bitte kommen wir gerne nach und bedanken uns für die Möglichkeit.

Zur Situation in den Kindertagesstätten haben im Oktober 2024 umfassend vor dem Sozialausschuss Stellung genommen. Dem Grunde nach verweisen wir weiterhin auf diese Stellungnahme.

Die Landesregierung plant mit dem Gesetzentwurf die Anpassung der Kita-Finanzierung an den letzten Tarifabschluss im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Gleichwohl möchten wir nochmals auf unsere Ausführung zu den §§ 37 und 39 KitaG in unserer letzten Stellungnahme. Für die Finanzierung der Freien Träger reicht es nicht aus nur die Stufe 4 der Entgelttabelle zu Grunde zu legen. Ab diesem Jahr sind die Stufenlaufzeiten im Bereich der S-Tabelle denen der übrigen TVöD-Beschäftigten angepasst, so dass es zu einigen Stufensprüngen und zukünftig schnelleren Stufenaufstiegen kommen wird. Konsequenter und auskömmlicher wäre es, würden die tatsächlichen Personalkosten, nach Eingruppierung und jeweiliger Stufe Berücksichtigung finden. Dies würde auch dazu führen, dass, sofern die tariflichen Voraussetzungen erfüllt sind, auch die Entgeltgruppe S8b voll refinanziert werden kann. Dies würde gestiegenen Anforderungen z.B. in sozialen Brennpunkten oder bei Sprachförderung gerecht.

Ogleich in dem Gesetzentwurf andere Themen im Fokus stehen, möchten wir es nicht versäumen auf die ganz grundsätzliche Situation in der Kindertagesstätten aufmerksam zu machen. Nach unserer Auffassung hat sich die Situation seit Einführung seit dem 1. Januar 2025 nicht verbessert. Ganz überwiegend ist sogar das Gegenteil der Fall.

Die Fachkräfte können ihrem Bildungsauftrag nur noch in den seltensten Fällen nachkommen und die Personalbesetzung gleicht der von „Notgruppen“.

Die Forderungen zu Mindestpersonalausstattung, Zeitvorgaben in der pädagogischen Arbeit und Freistellungen für Leitungskräfte decken sich mit denen der GEW, insofern schließen wir uns diesen an. Ebenfalls hingewiesen sei nochmals auf unserer Forderung zur Finanzierung der Freistellung von gesetzlichen Interessensvertretungen wie Betriebs- und Personalrät:innen, sowie Mitarbeitervertretungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Wölm
Stellvertretender Landesfachbereichsleiter